
Liebe Leserinnen und Leser,

nach der großartigen Berliner Anti-Atomkraft-Demonstration richtet sich der Blick der bundesweiten Anti-Atomkraftbewegung auf zahlreiche dezentrale Aktionen, aber auch auf die zentralen Aktivitäten im Wendland. Konkrete Infos zu bevorstehenden Protesten findet Ihr in diesem Newsletter und auf den bekannten Internetseiten. Zur Abrundung dieses Vorworts veröffentlichen wir hier eine leicht gekürzte Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 16.9.2010 mit der Überschrift: **"Der Castor kommt - wir sind schon da!"** (Die BI ist Mitglied im BBU):

„Der Termin für den nächsten Castor-Transport kristallisiert sich heraus - nach Recherchen der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) wird der Zug mit 11 Castorbehältern am 5. November in Cap de la Hague starten. "Der Castor kommt - wir sind schon da!" – die Gorleben-Gegner fassen deshalb den 6. November für die geplante Kundgebung in Dannenberg ins Auge. "Die Anti-Atom-Proteste werden Anfang November im Wendland, aber auch entlang der Transportstrecke für das Jahr einen vorläufigen Höhepunkt finden", ist sich die BI gewiss. Ein Bündnis aus Anti-Atom-Gruppen, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Kirchenvertretern wird die Bäuerliche Notgemeinschaft und die Bürgerinitiative unterstützen. "Gorleben ist schon lange kein regionales Problem mehr, hier manifestiert sich die verfahrene Atompolitik von Schwarz-Gelb, sie produziert nur Müll, von dem am Ende keiner weiß, wohin - Gorleben als Endlager wird wegen des Wasserkontakts und des Einschusses von Gas als Atommülldeponie ausscheiden müssen", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.“

Einen engagierten Herbst wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Kanzlerin muss engagierten Anti-Atomkraft-Kurs einschlagen

BBU ruft zu weiteren phantasievollen Aktionen gegen Atomanlagen und Atomtransporte auf

Nach der Berliner Großdemonstration vom Samstag, bei der rund 100.000 Menschen gegen die Nutzung der Atomenergie demonstriert haben, richtet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) drei Kernforderungen an die Bundesregierung:

1. Der drohende Castor-Atommülltransport von Frankreich nach Gorleben, der Anfang November das Wendland erreichen soll, muss gestoppt und abgesagt werden. Ebenso sind alle Atomtransporte zu stoppen.
2. Die unverantwortliche Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke darf nicht erfolgen.
3. Zur Vermeidung weiteren Atommülls und zum Schutz der Bevölkerung müssen alle Atomkraftwerke, Uranfabriken und sonstigen Atomanlagen sofort stillgelegt werden.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz bewertet die Berliner Großdemonstration als einen riesigen Erfolg der Anti-Atomkraft-Bewegung. Der Dank des BBU gilt allen Bürgerinitiativen und Verbänden, die an der Vorbereitung und Mobilisierung der Demonstration mitgewirkt haben. Nach Angaben des BBU wäre Bundeskanzlerin Merkel jetzt gut beraten, wenn sie endlich die Zeichen der Zeit erkennen und einen engagierten Anti-Atomkraft-Kurs einschlagen würde.

Der BBU ruft zu weiteren phantasievollen Aktionen gegen die Nutzung der Atomenergie und gegen Atomtransporte auf und unterstützt u. a. folgende bereits geplante Aktionen:



06.10.: Umzingelung des Stuttgarter Landtags, <http://www.endlich-abschalten.de>

09.10.: Aktions- und Menschenkette in München, <http://www.endlich-abschalten.de>

23.10.: Bundesweiter Aktionstag gegen Atomtransporte an Bahnstrecken, <http://www.robinwood.de/23-10-Castor-Strecken-Aktionstag.554.0.html>

06.11.: Anti-Atomkraft-Demonstration in Dannenberg, <http://www.castor2010.de/13.html>

November: Aktionen gegen den drohenden Castor-Atommülltransport nach Gorleben und gegen ein Endlager in Gorleben, <http://www.castor2010.de/aufruf>

Jahreswechsel: Aktionen gegen Atommülltransporte aus dem Atommülllager in Ahaus nach Rußland, <http://www.kein-castor-nach-ahaus.de>

Weiterhin ruft der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz zur Gründung weiterer Bürgerinitiativen gegen die Nutzung der Atomenergie und gegen Atomtransporte auf, damit der Widerstand gegen die Atomindustrie noch weitere Verbreitung findet. Hilfestellungen bei der Gründung neuer Initiativen gibt es in der Geschäftsstelle des BBU unter Tel. 0228-214032 und beim Arbeitskreis Energie des BBU unter 02562-23125.

Informationen über die Arbeit des BBU gibt es im Internet unter www.bbu-online.de. Pressemitteilung des BBU vom 19.09.2010

Der BBU ruft zum Widerstand gegen den nächsten Castortransport nach Gorleben auf

(UB) Der BBU hat den Aufruf „Rote Karte für Atomkraft“ des „Bündnis gegen Castor 2010“ unterschrieben. In dem Aufruf wird der Widerstandswille auf den Punkt gebracht: „Stimmen wir ab, mit Händen und Füßen, wenn der nächste Castor ins Wendland rollt: Der Atomkraft die Rote Karte. Leistet Widerstand gegen die Atomkraft im Land. Mit Gorleben kommen sie nicht durch. Castor stopp, Atomausstieg sofort!“

Weiterführende Informationen unter www.castor2010.de. Gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 15.9.2010, siehe: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/15.09.10.htm>

CO2-Speicherung: Der Widerstand formiert sich



In diesem Herbst wird es zwei interessante Podiumsdiskussionen zur CO2-Speicherung geben. So lädt die Bürgerinitiative „Kein CO2 Endlager Altmark“ am **26. September** zu einer Veranstaltung an der schon errichteten CO2-Verpressungsanlage bei Maxdorf in der Altmark ein. Die Diskussion soll um 14 Uhr im eigens errichteten Großzelt beginnen. Eine weitere Veranstaltung plant die „Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft“ (AöW) einen Monat später am **26. Oktober** im Maritim Grand Hotel in Hannover. Die unter dem Titel „Die Speicherung von CO2 in Deutschland (CCS) - Wasserwirtschaft kontra Energiewirtschaft!“ stehende Diskussion beginnt um 10:30 Uhr mit einem Vortrag von Prof. Dr. Olav Hohmeier, der Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung ist. Ab 12:30 Uhr findet ein Podiumsgespräch mit Politikern und Verbandsvertretern, Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und Wissenschaftlern statt. Auf beiden Podien werde ich als Vertreter des BBU teilnehmen. Weitere Info zu den Veranstaltungen auf <http://www.kein-co2-endlager-altmark.de> und <http://www.allianz-wasserwirtschaft.de/>

Harald Gülzow, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU

Ethylen-Pipeline

(UB) Das Bundesverfassungsgericht hat einen Eilantrag gegen eine Ethylen-Pipeline durch Baden-Württemberg abgelehnt. <http://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2010172117>. Kurz vor dem Gerichtsurteil wurde auch der BBU-Vorstand um Unterstützung im Widerstand gegen die Pipeline gebeten. LeserInnen des BBU-Newsletters, die sich auch mit dem Thema befassen und sich vernetzen möchten, können sich in der BBU-Geschäftsstelle melden. Infos zur Pipeline und zum Widerstand vor Ort gibt es im Internet unter <http://www.gegenethylen.de/index.html>.

BBU-Terminhinweise gibt es diesmal aus Platzgründen auch wieder „nur“ als Link:

<http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>.

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

ZEMA - Zentrale Melde- und Auswertestelle für Störfälle und Störungen in verfahrenstechnischen Anlagen

„Im Zeitraum von 1980 bis 2010 wurden in der Datenbank der ZEMA 569 Ereignisse aus Deutschland registriert. Statistische Auswertungen liegen für den Zeitraum von 1991-2007 vor.“

Quelle und weitere Informationen zum Thema unter <http://www.umweltbundesamt.de/zema>.

Artenschutz

Klein aber oho: Der Eremit

(UB) In Niedersachsen torpediert noch immer der Eremit den Ausbau des Braunschweiger Flughafens. <http://www.hna.de/nachrichten/niedersachsen/flughafen-gegner-geben-nicht-901992.html>. Weitere Infos zum örtlichen Flughafenprotest unter <http://www.bibs-fraktion.de/index.php?id=124>.

Asylrecht

Keine Roma-Abschiebungen!

(UB) Nicht nur in Frankreich ist die Abschiebung von Roma in den Kosovo heftig umstritten. Auch hierzulande formiert sich der Widerstand gegen die Abschiebungen aus der Bundesrepublik in den Kosovo: http://www.bbv-net.de/lokales/kreis_borken/gronau/1394606_Abschiebestopp_durchsetzen.html. Auch die Umweltbewegung sollte sich dieses Themas annehmen, nicht nur weil die Abgeschobenen z. T. auf verseuchten Böden leben müssen (<https://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Serbien/kosovo68.html>), sondern schon aus rein humanitären Gründen. Kontakt und Infos: <http://www.proasyl.de/de/themen/abschiebung>. An dieser Stelle sei auch auf die Tagung „Flucht und Migration durch Klimawandel“ hingewiesen, die vom 24. – 26.9.10 in Bad Boll stattfinden wird: <http://www.ev-akademie-boll.de/index.php?id=142&tagungsid=430610>.

Atomindustrie

AKW Temelin 3 und 4 stoppen

(UB) Nur noch bis Ende September kann gegen die geplanten Reaktoren Temelin 3 und 4 (Tschechien) Einspruch erhoben werden. Den BBU-Sammeleinspruch gibt es unter <http://www.bbu-online.de/Einwendungen/BBU%20-%20Sammeleinspruch%20Temelin%203%20+204,%20August%202010.pdf>. Unterschriebene Listen ggf. bis zum 30.9. direkt nach Tschechien schicken und den BBU über die Zahl der gesammelten Einsprüche informieren. Hintergrundinfos, Adresse etc. unter <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/20.09.10.htm>.

AKW Lingen: Trecker contra Kanzlerin

(UB) Am 26. August haben bei strömendem Regen 300 Personen vor dem AKW Lingen 2 gegen den Besuch der Kanzlerin im AKW und gegen die atomaren Machenschaften demonstriert. Unterstützt wurde die Aktion, zu der u. a. auch der BBU und seine Mitgliedsinitiativen „Elternverein Restrisiko Emsland“ und „Grafschafter BI Umweltschutz“ aufgerufen hatten, von 40 Landwirten mit Traktoren aus dem Münsterland. Infos:

<http://www.lingen-ems.de/output/index.php?id=1&lang=de&nid=777>;

<http://www.youtube.com/ausgestrahltp/a/fi/1/KHLsQsGTJII>;

Landeskonferenz der NRW-Anti-Atomkraft-Initiativen

(UB) Am 29. August hat wieder eine Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen stattgefunden. Neben verschiedenen örtlichen und regionalen Anti-Atomkraft-Initiativen hatte auch der BBU zur Teilnahme eingeladen. Unter diesem Link gibt es Informationen zu den Konferenz-Ergebnissen: <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/31.08.10.pdf>

Uranabbau verletzt die Menschenrechte

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt die eindeutige Position der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) gegen den internationalen Uranabbau und gegen die Weiterverarbeitung des Urans. Im Rahmen einer Konferenz in Basel haben die Ärzte der IPPNW Ende August eine Resolution verabschiedet, in der der Uranabbau als eine „Verletzung der Menschenrechte“ bezeichnet wird. Das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung, auf den Schutz der Menschenwürde und auf sauberes Wasser sind nach Ansicht der Ärzte nur einige der Menschenrechte, die durch Uranabbau und seine Weiterverarbeitung verletzt werden.

Mehr Informationen zum Thema Uranabbau sowie den vollständigen Text der IPPNW-Resolution gegen Uranabbau findet man unter www.nuclear-risks.org.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU und des AKU Gronau vom 3.9.10; der AKU ist eine BBU-Mitgliedsinitiative. <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/03.09.10.htm>

Atomindustrie lässt beim Rückbau von 12 Forschungsreaktoren den Bürger bezahlen!

Infos dazu auf der Homepage der BBU-Mitgliedsgruppe BIU Hamm, www.reaktorpleite.de/aktuelles.html?start=1

Anti-Atom-Familienfest am 5. September am AKW Grafenrheinfeld

(UB) Am 5. September haben mehrere Hundert Menschen mit einem Familienfest gegen die Nutzung der Atomenergie und speziell gegen das AKW Grafenrheinfeld demonstriert. Zu den Rednern bei der Veranstaltung gehörte auch Wolfram Scheffbuch von der BBU-Mitgliedsorganisation BBMN (<http://www.bbm.de>). Hier ein Pressebericht über das Protestfest:

<http://www.mainpost.de/lokales/franken/Hunderte-gegen-Laufzeitverlaengerung;art1727,5716375>.

Weitere Informationen unter http://viku.info/index.php?id=312&no_cache=1&L=0.

25 Jahre Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau

(UB) Im August 1985 ging die Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) offiziell in Betrieb. Aus diesem Anlass wurde am 5. September vor der UAA eine Kundgebung durchgeführt, bei der die sofortige Stilllegung der bundesweit einzigartigen Anlage gefordert wurde. Die Urananreicherungsanlage unterliegt keiner Laufzeitbegrenzung. In ihr wird Uran für den Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet. Mit Uran aus Gronau werden AKW in zahlreichen Staaten betrieben. Ab 2011 soll neben der UAA ein bereits genehmigtes Zwischenlager für rund 60.000 Tonnen Uranoxid gebaut werden. Vor Ort engagiert sich besonders der AKU Gronau, eine BBU-Mitgliedsinitiative, gegen die UAA und die damit verbundenen Urantransporte. Weitere Informationen unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/06.09.10.htm> und unter www.aku-gronau.de.

Nächtlicher BBU-Besuch im UAA-Pförtnerhaus

(UB) Mit Unterstützung der Polizei haben Vorstandsmitglieder des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am 18. September Einblick in den sogenannten Sicherheitsbericht der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau genommen. Dabei wurde festgestellt, dass seitens der Anlagenbetreiber ein völlig veralteter Sicherheitsbericht vorgelegt wurde. Mehr zu diesem Vorgang unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/19.09.10.htm>.

Die unglaubliche Reaktion des UAA-Chefs findet man hier:

<http://www.westfaelische->

[nachrichten.de/aktuelles/muensterland/1399359_Naechtlicher_ueberraschungsbesuch_bei_Urenco.html](http://www.westfaelische-nachrichten.de/aktuelles/muensterland/1399359_Naechtlicher_ueberraschungsbesuch_bei_Urenco.html)

CCS-Endlagerung

Dr. Kühn, Geoforschungszentrum lachend im Interview:

„Wenn Sie Ihren Kopf lang genug unter Wasser halten, sterben Sie auch.“

Die Mitglieder der Bürgerinitiative Kein CO2 Endlager Altmark sind entsetzt über die zynische Antwort auf die Feststellung einer Reporterin des Spiegel, das CO2 ab einer Konzentration von 8% zum Atemstillstand führt. Spiegel Online international veröffentlichte diesen Bericht („One German Town's Fight against CO2 Capture Technology“) am vergangenen Freitag.

Bereits zuvor war Kühn als Leiter des Zentrums für CO2 Speicherung am GFZ, Potsdam öffentlich aufgefallen, in dem er allgemein bekannte Risiken und Gefahren ausblendet oder gar als nicht existent einstuft. So auch die zuletzt gefallene Behauptung, dass die Erdgaslagerstätte „trocken“ sei. Erst nachdem die Tageszeitung Volksstimme mit Verweis auf das hochtoxische Lagerstättenwasser diese Aussage als unzutreffend gekennzeichnet hatte und die BI schriftlich nachfragte, revidierte er seine Aussage schriftlich.

Im mit mehr als 15 Mio. € vom BMBF geförderten Pilotprojekt „CLEAN“ planen Vattenfall und GDF Suez unter wissenschaftlicher Begleitung des Geoforschungszentrum Potsdam die CO2 Verpressung und Endlagerung in der Altmark zu erforschen. Die betriebsbereite Anlage wartet auf die Verabschiedung des CCS-Gesetzes.

„Wir sind entsetzt über diese öffentlichen Äußerungen und Falschaussagen, die Herrn Kühn als Wissenschaftler in unseren Augen disqualifizieren und fordern daher das Geoforschungszentrum Potsdam und das BMBF auf, die Konsequenzen daraus zu ziehen.“ so Lothar Lehmann, Sprecher der Bürgerinitiative.

Bericht: <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,710573,00.html>, Dr. Michael Kühn:

http://www.gfz-potsdam.de/portal/gfz/Struktur/GeoEngineering-Zentren/CO2-Speicherung/M5_Telefonliste/STAFF/mkuehn

Pressemitteilung der BI Kein CO2 Endlager Altmark vom 23.08.2010, Kontakt: BI-Pressesprecher: L. Lehmann, Tel.: 01577-3529246, E-Mail: presse@kein-co2-endlager-altmark.de; Weitere Infos: <http://www.kein-co2-endlager-altmark.de>

CCS-Anhörung in Berlin: Bürgerinitiativen demonstrieren gegen drohende CO2-Endlagerung / BBU kritisiert knappe Redezeit bei der Anhörung



Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich heute in Berlin bei einer Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium grundsätzlich gegen die sogenannten "CCS-Technologien" ausgesprochen, mit denen Kohlendioxid (CO2) in verschiedenen Regionen unterirdisch endgelagert werden soll. Der BBU lehnt gemeinsam mit seinen örtlichen Anti-CCS-Initiativen einen zur Diskussion stehenden „Entwurf eines Gesetzes zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage, CCS)“ ab. Der bundesweite Umweltverband mit Sitz in Bonn und die ihm angeschlossenen Bürgerinitiativen fordern alternativ die Einführung eines Gesetzes, das festlegt, dass keine Kohlendioxid-Speicherung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugelassen wird. Damit soll Deutschland eine Position einnehmen, die als Vorbild für andere Staaten dienen kann und soll.

Schon vor Beginn der Anhörung hatten sich am Eingang zum Wirtschaftsministerium Mitglieder verschiedener Bürgerinitiativen zum Protest gegen die geplante CO2-Endlagerung versammelt. Sie kündigten weitere Proteste in der nächsten Zeit an.

Die umfangreiche, ablehnende Stellungnahme des BBU zur CO2-Endlagerung kann auf der Internetseite des BBU unter <http://www.bbu-online.de/Stellungnahmen.htm> nachgelesen werden. Sie kann auch telefonisch in der BBU-Geschäftsstelle unter 0228-214032 bestellt werden. Die Stellungnahme entstand unter Beteiligung der Bürgerinitiativen Bürgerinitiative CO2-Endlager stoppen, Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg, Bürgerinitiative Kein CO2 Endlager Altmark, Regionalgruppe Leck und Umgebung der Bürgerinitiative gegen ein CO2-Endlager in Schleswig-Holstein und VSR-Gewässerschutz.

Aus Platzgründen gekürzte BBU-Pressesmitteilung vom 27.8.2010. Vollständige Version incl. Internetseiten der BBU-Anti-CCS-Initiativen unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/27.08.10.htm>

Kundgebung in Beeskow – Region lehnt massiv die Errichtung von CO2-Endlager ab

Unter dem Motto „Kein Fußbreit unter unser Land“ protestierten heute weit über 2000 Teilnehmer auf dem Marktplatz in Beeskow gegen die Errichtung von CO2-Endlagern durch den schwedischen Energiekonzern Vattenfall. Nachdem am Dicken Turm ein riesiges Banner mit der Aufschrift „Vermeiden statt Verpressen – Stoppt CO2-Endlager“ durch die Umweltorganisation Robin Wood entrollt wurde, konnten die Teilnehmer bei regnerischem Wetter zahlreichen kritischen Reden lauschen.

Die Bürgerinitiative „CO2-Endlager stoppen“ ist von der Resonanz überaus begeistert. „Der Protest ist mittlerweile tief in Ostbrandenburg verankert“, so ein erstes Resümee von Udo Schulze. Die ebenfalls anwesende Landtagsabgeordnete für den Landkreis Oder-Spree Sabine Niels (B90/Grüne) drückte es am Rande der Kundgebung so aus: „In der Region leben ca. 12.000 Menschen, davon waren allein 20 Prozent heute präsent vor Ort um ihren Unmut über das Vorhaben von Vattenfall und der rotroten Landesregierung zu äußern. Aus ihren Erfahrungen weiß Niels auch, der stille Protest ist noch wesentlich größer.“

Aus einem Bericht vom 4.9.2010 der BI Bürgerinitiative CO2-Endlager stoppen, <http://www.co2-endlager-stoppen.de/home>; die BI ist BBU-Mitglied.

Kohlekraftwerke

Kohlekraftwerk Krefeld

(UB) Am 20. September hat der Erörterungstermin zum geplanten Kohlekraftwerk in Krefeld begonnen. Auch der BBU hatte dagegen Einspruch erhoben. *Infos:*

http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen_nrw/krefeld/genehmigungsverfahren;

Kriminalisierung

ethecon-Preisträgerin Diane Wilson aus Washington verbannt

„Am Freitag, 20. August, hat am Superior Court of the District of Columbia, dem Kammergericht von Washington DC, die Verhandlung gegen Diane Wilson stattgefunden. Während die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko keine nennenswerten Auswirkungen auf die verantwortlichen BP-Manager hat, wurde die Preisträgerin des Internationalen ethecon Blue Planet Award 2006 für ihren Protest gegen BP zu fast zweieinhalb Jahre Haft verurteilt.“ *Aus einer Pressemitteilung von ethecon vom 22. August 2010, <http://www.ethecon.org/de/1193>*

Massentierhaltung

Bio-Legehennen

(UB) Als Alternative zur Massentierhaltung wird immer auf den Biolandbau hingewiesen. Um die erforderliche Anzahl an Bio-Eiern zu erhalten genügt es aber nicht, wenn 3 oder 4 Hühner und ein fröhlich krähernder Hahn auf dem Misthaufen nach Würmern kratzen. Auch die Tierhaltung im Bereich der Bio-Landwirtschaft hat z. T. einen erstaunlichen Umfang angenommen. So läuft derzeit ein Genehmigungsverfahren für die Errichtung eines Bio-Legehennenbetriebes mit 30.000 Tieren am Standort Neukrug, Gemarkung Wredenhagen, http://www.stalu-mv.de/cms2/StALU_prod/StALU/de/ms/nb/Service/Presse/Aktuelle_Meldungen/index.jsp?&pid=21939. Wie die Haltung der 30.000 Tiere konkret erfolgen soll, ist der BBU-Newsletter-Redaktion nicht bekannt. Die Amtliche Bekanntmachung enthält keinerlei Hinweise dazu. *Informationen zur Geflügelhaltung gemäß Ökolandbau findet man hier <http://www.oekolandbau.de/erzeuger/tierhaltung/gefluegelhaltung/legehennen>.*

Müllverbrennung

Bekommt Ettringen die zweitgrößte Müllverbrennungsanlage in Bayern?

„Wir wehren uns gegen die Pläne der Fa. Lang-Papier (Myllykoski Corporation Finland), in der Gesundheitsregion Unterallgäu eine Müll- und Klärschlammverbrennungsanlage zu errichten, von der große Risiken für Umwelt und Gesundheit ausgehen.“ *Quelle und weitere Informationen: Homepage der Bürgerinitiative Gesundes Wertachtal e. V., <http://www.gesundes-wertachtal.de>*

Naturerlebnis

Die Rast der Kraniche

Jährlich von August bis Oktober findet der Vogelzug mit Herbstlichem Kranichrast-Erleben an der Zingster Beobachtungsplattform seinen Höhepunkt. *Informationen: http://www.nabu-nvp.de/projekt_kranichrast.html*

Tonergefahren

Projekt sicher drucken

Die Stiftung nano-Control lädt Unternehmen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Vereine, Verbände, Stiftungen, Wissenschaftler und Privatpersonen ein, sich am Projekt sicher drucken aktiv zu beteiligen. Helfen Sie mit, damit gesundheitsschädliche Emissionen aus Laserdruckern schon bald der Vergangenheit angehören. Leisten Sie einen Beitrag für gesunde Raumluft, denn Atmen heißt Leben. Werden Sie Partner von sicher drucken.

Ein besonderes Problem sind Laserdruckgeräte in Arztpraxen. Mit den besonderen Anforderungen an die Lufthygiene im medizinischen Bereich ist der Einsatz im Bereich von Kranken und Schwangeren aufgrund der Emissionen von Feinstäuben, Partikeln und Schadstoffen unvereinbar. Für sichere Arztpraxen engagiert sich FuSION e.V. Gemeinnütziger Verbraucherschutz und Beratungsverein, Internet: www.fusionev.de.

Aus: <http://sicher-drucken.de/partner.html>; die Stiftung nano-Control ist Mitglied im BBU.

Umweltmanagement

Besuch der Internationalen Konferenz zum Umweltmanagement in León, Mexiko – Teil 2

Der 13. und 14. Juli 2010 war dem Thema Umweltkennzeichen gewidmet. Der bekannte „Blaue Engel“ basiert auf einer Norm. Diese war Teil der Beratungen. Einen Prozess für die Aktualisierung der Basisnorm ISO 14020 zu starten, war für mich ein wichtiges Anliegen. In der Norm werden die allgemeinen Grundsätze für Umweltkennzei-

chen definiert. Zusammen mit acht anderen internationalen TeilnehmerInnen arbeite ich dazu jetzt in einer Arbeitsgruppe. In einer anderen Norm sollte ein Umweltkennzeichen „Carbon Footprint“ definiert werden, bevor die verbindlichen Regeln für den Carbon Footprint feststehen. Dagegen habe ich mich massiv gewehrt. Es bestand die Gefahr, dass irreführende Kennzeichen benutzt werden, die keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Leider war nur ein Kompromiss zu erreichen. Zur Kennzeichnung für „Erneuerbar“ konnte ich nach zähem Ringen mit den Vertretern der Papierindustrie durchsetzen, dass recycelte Materialien nicht als erneuerbar gelten.

Am nächsten Tag wurden in der Arbeitsgruppe ISO/TC 207/SC 5 zum Life Cycle Assessment die weiteren Entwicklungen der Normen zur Ökobilanz beraten. Ein Vorschlag zur Erarbeitung einer Ökobilanz für Unternehmen soll erstellt werden. Auf der Abschlussrunde am 17.07.2010 wurden die Ergebnisse der Tagung präsentiert. Unterstützt von Australien wird ein Vorschlag einer Norm gegen die Ausbreitung von Wüsten entwickelt. Dies ist für viele Entwicklungsländer ein wichtiges Anliegen. Für mich war es eine arbeitsreiche Woche. In einigen Punkten konnte ich Erfolge erreichen. Durch die eigene Teilnahme auch auf internationalen Konferenzen können Umweltthemen nachdrücklich in die Normenentwicklung eingebracht werden. (Anm. der Red.: Teil 1 wurde im BBU-Newsletter 8/10 veröffentlicht).

Ursula Weiß, Mitglied im BBU-Vorstand

Verkehrspolitik

Verkehrsunfallrisiko auf Schulwegen zu Fuß 3 x geringer als im Auto

Eine Untersuchung des FUSS e.V. zeigt, dass die Gleichung "Mit dem Auto zur Schule = Sicher zur Schule" nicht aufgeht. Der Fachverband Fußverkehr Deutschland hat herausgefunden: Das Risiko im Straßenverkehr zu verunglücken ist für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die mit dem "Elterntaxi" zur Schule gebracht werden oder selber mit dem Auto zur Schule bzw. Hochschule fahren, um das Dreifache höher als bei ihren zu Fuß gehenden Mitschülern. Der Fachverband Fußverkehr Deutschland will deshalb die Eltern ermuntern, ihre Kinder wieder öfter zu Fuß zur Schule zu schicken und lädt sie ein, zusammen mit ihren Lehrern an der Kampagne "Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten" teilzunehmen. Starttag ist in diesem Jahr wieder der 22. September. Tipps für Aktionen vor Ort und in den Schulen gibt es im Internet unter www.ZuFusszurSchule.de, einen Leitfaden zur Erstellung von Schulwegplänen unter www.Schulwegplaene.de. Faltblätter, Broschüren und Plakate erhalten Interessierte beim FUSS e.V. Gekürzte Pressemitteilung der BBU-Mitgliedsorganisation FUSS e.V. - Fachverband Fußverkehr Deutschland vom 26. August 2010. Kontakt: info@fuss-ev.de, <http://www.fuss-ev.de>

März 2011: Bundesweiter Umwelt- und Verkehrs-Kongress

"Grenzen des Verkehrs, Verkehr ohne Grenzen?" lautet das Motto des kommenden Bundesweiten Umwelt- und Verkehrs-Kongresses (BUVKO) in Trier. Wir haben über die Sommerpause unseren Bemühungen, Ihnen vom 18.-20. März 2011 einen attraktiven Kongress zu bieten, keine Grenzen gesetzt. Voranfrage: Haben Sie ein innovatives Projekt oder eine interessante Untersuchung, die Sie gerne beim BUVKO im Rahmen des "Marktplatzes" kurz vorstellen wollen? Dann melden Sie sich bitte bei uns; wir geben Ihnen fünf Minuten Zeit! Kontakt und Info: www.buvko.de und info@buvko.de. Aus: Newsletter des FUSS e.V. und des UMKEHR e.V. vom 13. September 2010; beide Organisationen sind BBU-Mitglieder. Wenn Sie diesen Newsletter selbst direkt beziehen wollen, schicken Sie bitte eine Mail mit dem Betreff "Mail-Rundbrief" an info@umkehr.de oder info@fuss-ev.de.

Wasserschutz

Wasserwerke sprechen sich gegen die CO2-Speicherung aus!

Die „Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft“ (AöW) fordert dem Schutz des Grundwassers Vorrang vor der geologischen Speicherung von Kohlendioxid zu geben. Sie spricht sich nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand gegen die Ausweisung von Gebieten für die Verpressung und Einlagerung von CO₂ in Deutschland aus. Weitere Informationen unter <http://www.allianz-wasserwirtschaft.de/>.

Harald Gülzow, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU

3. Filmkooperation



Plastic Planet - Der BBU ist seit geraumer Zeit Kooperationspartner der Filmproduktion Plastic Planet. Die Newsletter-Redaktion weist darauf hin, dass jetzt der Film auf DVD und Blu-ray erschienen ist.

Weitere Informationen unter

http://www.eurovideo.de/film_detail.php?film=2850&ort=titel&suche=Plastic%20Planet&dvd-titel=Plastic%20Planet.

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 9 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand'. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.10.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.